Zuständiges Dezernat/Amt: Dezernat I / Amt für Kreisentwicklung und Beteiligungsmanagement

Beschlussvorlage öffentliche Sitzung

Beratungsfolge	Datum	Stimmenverhältnis				Lt. Beschlussvorschlag	Abweichender Beschluss (s. beiliegendes Formblatt)
		Ja	Nein	Stimmenenthaltung	Ein-stimmig		
Ausschuss für Regionalentwicklung							
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit							
Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung	30.05.2023						
Kreisausschuss	06.06.2023						
Kreistag Uckermark	14.06.2023						

Inhalt:

Errichtung und Betreibung einer Gemeinschaftsunterkunft in Angermünde zur Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen

Wenn Kosten entstehen:

Kosten €	Produktkonto	Haushaltsjahr	☐ Mittel stehen zur Verfügung
☐ Mittel stehen nicht zur Verfügung ☐ Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung: €	Deckungsvorschlag:		

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, der Landrätin als Vertreterin in der Gesellschafterversammlung gemäß § 97 Abs. 1 Satz 5 BbgKVerf, folgende Weisung zu erteilen:

1.

Als Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der UDG mbH erteilt die Landrätin, durch Gesellschafterbeschluss, dem Geschäftsführer der UDG mbH Weisung, er möge, als Vertreter der Gesellschafterversammlung der UEG mbH, dem Geschäftsführer der UEG mbH durch Gesellschafterbeschluss Weisung erteilen, zum nächst möglichen Zeitpunkt, eine Gemeinschaftsunterkunft zur Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in der Berliner Straße 78, 16278 Angermünde, für ca. 180 - 200 Asylsuchende zu planen und zu errichten.

2.

Zudem erteilt die Landrätin, als Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der UDG mbH, durch Gesellschafterbeschluss dem Geschäftsführer der UDG mbH Weisung, er möge, als Vertreter der Gesellschafterversammlung der UEG mbH, dem Geschäftsführer der UEG mbH durch Gesellschafterbeschluss Weisung erteilen, er möge, als Vertreter der Gesellschafterversammlung der GUB mbH, dem Geschäftsführer der GUB mbH durch Gesellschafterbeschluss Weisung erteilen, eine Gemeinschaftsunterkunft zur Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in der Berliner Straße 78, 16278 Angermünde, für ca. 180 - 200 Asylsuchende zu betreiben.

3.

Der Kreistag beauftragt die Landrätin, in den gesellschaftlichen Gremien der UEG mbH den Ankauf der Liegenschaft Berliner Straße 77/78, Gemarkung Angermünde, Flur 009, Flurstück 1, 2 und 3 durch die UEG mbH zur Beschlussfassung vorzulegen.

4.

Der Kreistagsbeschluss BV/124/2022 vom 14.09.2022 wird aufgehoben.

gez. Karina Dörk

Landrätin

gez. Frank Bretsch

Dezernent

Begründung:

Der Landkreis Uckermark ist, nach den Vorschriften des Landesaufnahmegesetzes (LAufnG), zur Aufnahme und vorläufigen Unterbringung, der ihm durch die Zentrale Ausländerbehörde des Landes Brandenburg (ZABH) zugewiesenen Asylsuchenden gemäß § 2 Absatz 1 Satz 1, § 6 Absatz 1 i. V. m. §§ 4 und 9 Absatz 1 LAufnG verpflichtet. Es handelt sich hierbei um eine **gesetzlich normierte Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung** des Landes Brandenburg.

Die Verteilung der aufzunehmenden Asylsuchenden und Flüchtlinge erfolgt auf Grundlage des Verteilerschlüssels gemäß § 6 Absatz 4 LAufnG i. V. m. § 2 und Anlage 2 zur LAufnGDV. Der Landkreis Uckermark ist gemäß § 6 Absatz 5 Satz 3 LAufnG i. V. m. § 5 Absatz 1 LAufnGDV zur kontinuierlichen Erfüllung seines Aufnahmesolls verpflichtet und hat die entsprechenden belegbaren Unterbringungsplätze monatlich für die Aufnahme und vorläufige Unterbringung, der ihm zugewiesenen Personen bereitzustellen.

Für eine entsprechende Planung der Unterbringungskapazitäten erfolgt eine jährliche Mitteilung eines sog. Aufnahmesolls durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV).

Aufgrund des Angriffskrieges gegen die Ukraine und der hohen anhaltenden Migration von Asylbewerbern und Flüchtlingen aus Drittstaaten wurde in 2022 das Aufnahmesoll des Landkreises Uckermark insgesamt 5-mal erhöht.

- 04.02.2022 = 258 Personen
- 17.03.2022 = 987 Personen
- 26.04.2022 = 1.469 Personen
- 21.07.2022 = 1.951 Personen
- 16.01.2023 = 2.107 Personen (rückwirkende Anpassung durch MSGIV).

Im Jahr 2022 hat der Landkreis Uckermark insgesamt 1.722 Asylsuchende und Flüchtlinge aufgenommen und untergebracht. Aufgrund der fehlenden verfügbaren Unterbringungskapazitäten hat der Landkreis Uckermark erstmalig sein Aufnahme-Soll nicht erfüllt.

Für das Jahr 2023 hat der Landkreis Uckermark weitere 1.756 Geflüchtete vom Land Brandenburg verpflichtend aufzunehmen.

Aktuell stehen dem Landkreis Uckermark rund 100 belegbare Unterbringungsplätze zur Verfügung. Diese Situation stellt den Landkreis Uckermark und seine Gebietskörperschaften vor außerordentliche Problemlagen bei der Unterbringung von Geflüchteten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Aufnahmefähigkeit des allgemeinen Wohnungsmarktes fast erschöpft ist. Im Vergleich zur Flüchtlingswelle 2015/2016 stellt die aktuelle Entwicklung für den Landkreis Uckermark eine noch größere Herausforderung dar, da die Aufnahmeverpflichtungen für den Landkreis Uckermark konstant 2 Jahre in Folge auf hohem Niveau bleiben.

Aufgrund der anhaltenden und überdurchschnittlich gestiegenen Aufnahmeverpflichtung für den Landkreis Uckermark besteht die **Notwendigkeit** zum Aufbau und Betrieb einer weiteren Gemeinschaftsunterkunft am Standort Angermünde. Der Bedarf und die Wahl des Standortes werden wie folgt begründet:

1. Bei der Liegenschaft handelt es sich bereits um einen in der Stadt Angermünde etablierten Standort, da es sich um eine Weiterentwicklung bzw. einen Ausbau der bisherigen Gemeinschaftsunterkunft Angermünde handelt.
2. **Überdurchschnittlicher Anstieg der Aufnahmeverpflichtung** für den Landkreis Uckermark und den damit verbundenen Unterbringungsbedarfen.
3. Die Unterbringungsbedarfe können durch die bestehenden Gemeinschaftsunterkünfte nicht aufgefangen werden. Zumindest werden die bestehenden Reservekapazitäten vollumfänglich in Anspruch genommen. In Anlehnung an das Aufnahmesoll 2023 wird für das **2. Quartal des Jahres 2023 eine Vollbelegung** der bestehenden Gemeinschaftsunterkünfte erwartet. Künftige gesetzlich normierte Aufnahmeverpflichtungen können ohne zusätzliche Unterbringungskapazitäten nicht realisiert werden.
4. Der Landkreis Uckermark sollte weiterhin **langfristig Reservekapazitäten** zur Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen aus nachfolgenden Gründen vorhalten:
 - a) Es besteht weiterhin eine unveränderte krisenbedingte und geopolitische Lage im Rahmen der Flüchtlingsbewegungen. Demnach müssen weiterhin die Reservekapazitäten durch den Landkreis Uckermark vorgehalten werden.
 - b) Die Aufnahmefähigkeit des allgemeinen Wohnungsmarktes ist begrenzt.
 - c) Es fallen keine zusätzlichen Kosten für die Vorhaltung der Reservekapazitäten in der Gemeinschaftsunterkunft Prenzlau an, da die Leistungsvergütung der Reservekapazitäten belegungsabhängig vertraglich vereinbart ist.
5. Im Rahmen der Flüchtlingswelle 2015/2016 wurden im Landkreis Uckermark teilweise provisorische Gemeinschaftsunterkünfte mit einer begrenzten Nutzungsdauer hergerichtet (u. a. Containerbauten: 10 Jahre lt. AfA-Tabelle). Daher bedarf es perspektivisch einer **dauerhaften, wirtschaftlichen und strategischen Entwicklung von Einrichtungen** zur Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen, insbesondere vor dem Hintergrund, konstanter bzw. steigender Aufnahmeverpflichtungen.
6. Darüber hinaus bieten **Gemeinschaftsunterkünfte** im städtischen Raum **Vorteile** im Rahmen der gesellschaftlichen Integrationsbemühungen:
 - a) Integrations- und Sprachkurse vor Ort,
 - b) bessere Ausbildungs- und Berufschancen,
 - c) guter ÖPNV,
 - d) nahe Arzt- und Versorgungswege,
 - e) vorhandene Ehrenamtsstruktur,
 - f) ansässige Migrationsfachdienste im städtischen Bereich.

Der **Beschluss dient der Sicherstellung der gesetzlich normierten Aufnahmeverpflichtungen** des Landkreises Uckermark gemäß Landesaufnahmegesetz des Landes Brandenburg.

Aufgrund der aktuellen Verhandlungsergebnisse besteht eine neue Sachlage zum Kreistagsbeschluss BV/124/2022 vom 14.09.2022, indem die Alternative des Ankaufs der Liegenschaften in der Berliner Straße 78, 16278 Angermünde besteht. Aus Wirtschaftlichkeitsaspekten wird entgegen der Beschlusslage BV/124/2022 (hier: Anmietung der Liegenschaft in der Berliner Straße 78, 16278 Angermünde) ein Erwerb der bisherigen Gemeinschaftsunterkunft Angermünde favorisiert, da der Erwerb der Liegenschaft sowie die Weiterentwicklung durch die kreiseigene Gesellschaft die wirtschaftlichere Alternative zur Anmietung der Liegenschaft darstellt. Daher wird der Beschluss BV/124/2022 aufgrund der neuen Handlungsoptionen aufgehoben.

Die GUB mbH, als 100-prozentige Tochtergesellschaft der UEG mbH, sowie die UEG mbH, als 100-prozentige Tochtergesellschaft der UDG mbH, die wiederum eine 100-prozentige Tochter des Landkreises Uckermark ist, sind **kommunal- und gesellschaftsrechtlich** legitimiert, entsprechend ihrer Gesellschaftsverträge zu agieren und somit derartige Geschäfte durchzuführen (d. h. Herrichtung und Betreibung einer barrierefreien Gemeinschaftsunterkunft).

Bei der Beauftragung der kreiseigenen Unternehmen UEG und GUB entstehen sogenannte Inhouse-Geschäfte auf vertikaler Ebene. Daher unterliegen der Landkreis Uckermark, die UEG mbH sowie die GUB nicht den vergaberechtlichen Normierungen (hier: § 108 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) bzw. der Ausschreibungspflicht.

Daher erfolgt die Beauftragung zur Abwicklung des o. a. Geschäftes über die Konzernmutter (Landkreis Uckermark). Diese Beauftragung ist kommunal- und gesellschaftsrechtlich jedoch nur über den Weg der Weisung des Kreistages an die Landrätin, als Vertreterin der entsprechenden Gesellschafterversammlung, möglich.

Gemäß § 13 Landesaufnahmegesetz erstattet das Land Brandenburg den Landkreisen und kreisfreien Städten die notwendigen Kosten für die Aufgabenwahrnehmung. Folgende **Erstattungspauschalen werden nach § 14 Landesaufnahmegesetz (LAufnG)** durch das Land Brandenburg für die Herrichtung und Betreibung einer Gemeinschaftsunterkunft geleistet.

- Gemäß § 14 Abs. 2 LAufnG erhält der Landkreis Uckermark eine **Jahrespauschale pro aufgenommenen Person für die Unterbringung** und Sicherstellung der existenzsichernden Leistungen.
- Gemäß § 14 Abs. 3 LAufnG erhält der Landkreis Uckermark eine Jahrespauschale pro aufgenommenen Person für die Sicherstellung der **Migrationssozialarbeit** in den Gemeinschaftsunterkünften.
- Gemäß § 14 Abs. 5 LAufnG werden Kosten für Sicherheitsmaßnahmen (Wachschutz) in den Gemeinschaftsunterkünften mit einer sog. **Sicherheitspauschale** erstattet.
- Gemäß § 14 Abs. 6 LAufnG wird für die erstmalige Bereitstellung von Unterbringungsplätzen eine **Investitionspauschale** geleistet.